

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend. Bezugspreis monatlich 45 Pf., vierteljährlich 1,25 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. einschließlich Postlohn. Einzelnummer 10 Pf.

Die halbjährliche Beitragsliste 30 Pf., für einwärts 35 Pf., die 2. halbjährliche Beitragsliste 1 Mk. Arbeitsmarkt und Wohnungsangelegenheiten werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32 Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 15 Danzig, Sonnabend den 13. April 1918 9. Jahrgang

Um das Volksrecht

B. L. B. Berlin, 11. April. In der heutigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde der Gesetzentwurf betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhause in zweiter Lesung mit unwesentlichen Abänderungen in Fassung erster Lesung angenommen. — Ein fortschrittlicher Antrag auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, wurde mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmten 8 Zentrumsabgeordnete, 3 Freisinnige, 3 Nationalliberale, 1 Sozialdemokrat und 1 Pole; dagegen 12 Konser-vative, 4 Freikonservative und 3 Nationalliberale.

Wenn je, dann steht der Weltkrieg jetzt auf der Höhe seiner Entscheidung. Nach der Durchsetzung des Friedens im Osten durch die stahlgehärtete Verteidigungskraft der deutschen Volkshere, wagt im Westen das welterschütternde Ringen zwischen Deutschland und England.

Die Aufmerksamkeit der Welt richtet sich gen Armeniëres. Dort erwartet man den Zusammenstoß zwischen den Hauptgegnern, der über die Welttraumel des britischen Imperialismus Gericht halten wird. Um die Freiheit der ganzen Welt wogen dort und anderwärts im Westen Kämpfe, wie sie die kühnste Phantasie sich nicht vorstellen konnte.

Ueber alles Bedauern darüber, daß die Menschheit sich noch nicht in unblutigen Formen verständigen kann, ist aber in Deutschland und nicht bloß innerhalb seiner Grenzen die Ueberzeugung allgemein, daß Deutschlands Heiden auch diesen furchtbaren Kampf siegreich bestehen werden. Diese unerschütterliche Zuversicht gründet sich vor allem auf die Erkenntnis, die der sozialistische Dichter Karl Bröger in die feierlichen, mahnenden Worte kleidete:

„So bezeugte es deine größte Gefahr,
Daß dein Ärmster Sohn auch dein getreuester war.
Denn es, o Deutschland!“

Die Aufopferung der Aermsten des Volkes ist das granitne Fundament der allgemeinen Ueberzeugung, daß Deutschland auch von der ganzen Welt nicht unterjocht werden kann. Als das „Herrenhaus“ vor wenigen Tagen unter Leitung des Königsberger Oberbürgermeisters den Feldzug gegen die Polen begann, eröffnete der Präsident, Graf Arnim-Boitzenburg, die denkwürdige Sitzung mit einer Ansprache, in der es heißt:

„In diesem Augenblick gedenken wir mit heiligem Herzen der Männer, gegen deren Taten alle Taten der Weltgeschichte verfluchen, und danken ihnen aus heißer Seele dafür, daß sie ihr Leben und ihr ganzes Sein einsetzten für den deutschen Sieg, und empfinden mit Stolz, daß auch wir Deutsche sind.“

So verkündete selbst dieser hochgeborene Aristokrat, daß nur die Aufopferung der Volkshelden an der Front allen, die in Deutschland wohnen, Existenz und Sein gewährt, und daß kein Dank genügt, um ihre Ruhmestaten zu vergelten. Dieser Dank gilt auch Deutschlands Frauen und Töchter nicht zulezt. Aber schon am Tage nach dieser ehrenvollen Erklärung protestierte ein Graf von der Schulenburg-Grünthal empört dagegen, daß wenigen deutschen Frauen in den städtischen Kommissionen das Stimmrecht verliehen werde. Und so wurde selbst dieses Stimmrecht von diesem Hause des deutschen Hochadels abgelehnt.

Unter dem Donner der Geschütze der Riesenfront im Westen hat auch die Wahlrechtskommission des dreiklassigen preussischen Abgeordnetenhauses gestern zum zweitenmal zu der Wahlrechtsvorlage des preussischen Königs Stellung genommen. Eine einzige Sitzung genügte diesmal dazu, um erneut zu bestätigen, daß die reaktionäre Mehrheit das Wort des Königs nicht erfüllen will. Sie gibt dem Volke nicht, was des Volkes ist. Für diese Mehrheit mahnt selbst die Weltanschauung des Westens vergeblich.

Mit 19 gegen 16 Stimmen wurde das gleiche Wahlrecht wieder abgelehnt! Und wieder standen Nationalliberale ausschlaggebend an der Seite der unentwegten Volksfeinde. Hätten sie für des preussischen Volkes Recht gestimmt, dann wäre es nicht abgelehnt, sondern mit 19 gegen 16 Stimmen angenommen worden. Das hiesige nationalliberale Organ hielt es

dieser Tage für in höchstem Grade undemokratisch, wenn einem erfolgreichen Heerführer nicht maßgebender politischer Einfluß eingeräumt werde. Trotzdem stimmten die Nationalliberalen wieder gegen ein Wahlrecht, daß den Kämpfern des Weltkrieges ihr Recht gegen die Kriegsgewinnler gibt.

Ueber den Eindruck dieses neuen Beschlusses braucht man nicht zu schreiben. Alle Welt erwartete diesmal, wenigstens

auf der Seite des Bürgertums, einen anderen Beschluß. Man ist sich dort darüber klar, daß die erneute Ablehnung des Wahlrechts gerade jetzt als krasser Widerspruch zwischen dieser Tat und den Worten des Präsidenten des Herrenhauses empfunden werden muß. Die demokratische „Berliner Volkszeitung“ und die „Berliner Morgenpost“ hoffen deshalb auch nur, daß die Regierung trotz dieser Niederlage fest zum Wahlrecht stehen möge. Vor Pfingsten, meint die „Volkszeitung“, wird die Vorlage an das Plenum kommen. Dann könne noch einmal an die Gewissen appelliert werden.

Aber die Kämpfer um Armentieres ringen mit Blut und Leben um Deutschlands Freiheit und Zukunft. . .

Die landwirtschaftliche Arbeiterfrage

Von Franz Krüger.

Wir entnehmen diesen von einem genauen Kenner der einschlägigen und besonders der ostpreussischen Verhältnisse geschriebenen Aufsatz, der eine für Ostpreußen allgemein interessierende Frage unter dem Gesichtspunkt der Kriegseinwirkungen behandelt, dem „Vorwärts“.

Red. Volkswacht.

Die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit den nötigen Arbeitskräften ist ein immer schwierigeres Problem geworden, dessen befriedigende Lösung im dringenden Interesse des ganzen deutschen Volkes liegt. Seit Jahrzehnten vollzieht sich in immer stärkerem Maße die Abwanderung der Arbeiterbevölkerung vom Lande in die Städte. In den Jahren 1895 bis 1900 sind in Preußen durchschnittlich jährlich 20 000, in den Jahren 1900—1905 aber bereits jährlich 160 000 Personen vom platten Lande abgewandert, und seitdem ist diese Zahl immer größer geworden.

Insolgedessen ist die Zahl der ausländischen Arbeiter, die in die Landwirtschaft herangezogen wurden, immer mehr angewachsen. Im Jahre 1905 wurden in Preußen 454 348 ausländische Arbeiter beschäftigt. Diese Zahl war bis zum Jahre 1911 auf 820 831 gestiegen, wovon etwa vier Fünftel auf die Landwirtschaft entfielen. Im Jahre 1912 erhöhte sich die Zahl von weiteren 83 000, wovon 70 726 der Landwirtschaft zugeführt wurden und nur 12 225 der Industrie.

Unendlich viel ist in den letzten Jahrzehnten über Mittel und Wege geredet und geschrieben worden, die Landflucht einzudämmen und Arbeitskräfte aus den Städten aufs Land zurückzuführen. Die gemachten Vorschläge waren natürlich sehr unterschiedlich, je nachdem, von welchen Gesichtspunkten und Interessen aus die Frage betrachtet und behandelt wurde. Die Agrarier und die ihnen nahestehenden Kreise sehen die Ursachen der Landflucht hauptsächlich in der wachsenden „Genußsucht“ und der „unberechtigten Begehrlichkeit“ der ländlichen Arbeiterbevölkerung. Nach ihnen ist auf dem Lande alles in schönster Ordnung, und sie vertreten daher mit wenigen weitsichtigeren Ausnahmen den Standpunkt, daß der Landflucht durch Zwangsmittel entgegenzuarbeiten werden müsse. Beschränkung der Freizügigkeit, insbesondere der jüngeren Arbeitskräfte, Erschwerung des Reiserverkehrs, Verweigerung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter, Aufrechterhaltung der aus einer längst vergangenen Zeit stammenden, zum Teil über 100 Jahre alten Gesindeordnungen, Kontraktbruchgesetze, Unterdrückung jeder freirechtlichen politischen Aufklärung usw. sind die Mittel, mit denen sie die Arbeiter ans Land fesseln wollen. Daneben verbietet man der Eisenbahn und städtischen Bauten (Kanäle, Straßen usw.), Landarbeiter anzunehmen. Aber auch mit „Sozialpolitik“ versucht man es. Dazu gehört insbesondere die Schaffung von Landarbeiteransiedlungen, besonders im Osten, wobei das Stückchen Land so klein bemessen wird, daß der Ansiedler bei den umliegenden Grundbesitzern arbeiten muß. Also Sozialpolitik zugunsten der Agrarier.

Für uns, die wir mehr Verständnis haben für die Leiden, die Wünsche und Beschwerden der Landarbeiter, beweist die Landflucht etwas ganz anderes. Auch der Landarbeiter hängt durchaus an der Scholle, auf der er geboren wurde; nur schwer entschließt er sich zum Fortgehen. Es ist sicherlich nicht genußsüchtiges Streben nach dem Großstadtleben, welches die Landarbeiter in die Städte und zur Industrie treibt, denn auch hier erwartet sie Mühlsal, Arbeit und Not; es tun dies vielmehr die

elenden Lohn- und Wohnverhältnisse, ihre völlige Rechtslosigkeit und die vielfach unwürdige und unmenschliche Behandlung. Trotz allem Glend ist der Arbeiter in Stadt und Industrie doch ein Mensch. In welcher elenden, allen gesundheitlichen und kulturellen Anforderungen hohnsprechenden Böhern die Landarbeiter vielfach hausen und ihre Kinder aufwachsen lassen müssen, ist ja schon unzählige Male in der Presse an Beispielen bewiesen. Die Vieh- und Pferdebestände sind häufig Paläste im Vergleich zu den Arbeiterwohnungen und selbst zu den Schulen. Auf letzterem Gebiet ist durch Neubauten in den letzten Jahren viel gebessert. Dasselbe ist durch hergebaute gemeinnütziger Bau-gelber (Landesversicherungsanstalten usw.) auch bei den Arbeiterwohnungen angebahnt. Aber von allgemein menschenwürdigen Verhältnissen sind wir noch weit entfernt.

Dasselbe gilt von den Lohnverhältnissen. In Ostpreußen werden meistens Natural- und Bartlöhne gezahlt. Vielfach sind es nicht das beste Getreide und nicht die besten Kartoffeln, die die Arbeiter erhalten. Wenn sie dann neben ihrem Deputat noch durchschnittlich 15 bis 25 Mark Bartlohn pro Monat erhalten, wovon Kleidung, Steuern, Schulbücher für die Kinder usw. bestritten werden sollen, so beweist das zur Genüge die Unzulänglichkeit der Löhne. Dazu werden auch die Kinder vom frühesten arbeitsfähigen Alter an (mindestens gleich nach der Schulentlassung) als sogenannte „Scharwerker“ gegen Tagelöhne von 0,40 bis 1 Mark und Deputat zur Arbeit verpflichtet. Weht ein Kind anderweitig arbeiten, so ist der Arbeitgeber nach den ostpreussischen Verträgen berechtigt, die ganze Familie auf die Straße zu setzen, und nicht selten geschieht das. In den westlichen Provinzen Preußens sind die rechtlichen und auch die Lohnverhältnisse teilweise etwas besser.

Wie man auf dem Lande den Menschen im Landarbeiter mißachtet, dafür war wohl einer der kräftigsten Beweise der kürzlich veröffentlichte Fall in Mecklenburg, wo ein adtiger Gutsbesitzer einen Arbeiter an einen Baum gebunden und schwer mißhandelt hatte. Das „Du“ gegen alte Arbeiter, Schimpfworte als tägliche Umgangssprache, Mißhandlungen und unmenschliche Strafbefehle bei den geringsten angeblichen Verfehlungen gegen die Autorität des Gutsbesitzers sind das Kennzeichen der Arbeiterbehandlung, dazu kommt das Fehlen jedes Arbeiterschutzes und die mangelhafte Arbeiterversicherung für Landarbeiter.

Kann man sich unter diesen Umständen noch über die Landflucht wundern, und kann jemand im Ernst glauben, daß die oben geschilderten Zwangsmittel etwas anderes als eine Verschärfung dieser Zustände herbeiführen können?

Durch die zahlreichen Einberufungen aus der ländlichen Arbeiterbevölkerung ist naturgemäß während des Krieges die Arbeiterfrage für die Landwirtschaft noch schwieriger geworden. Da hat man ihr geholfen, indem die bei Kriegsausbruch in Deutschland befindlichen ausländischen Landarbeiter, die hier für die Kriegsdauer festgehalten wurden, ihr zugewiesen sind. Ebenso arbeiten in der Landwirtschaft Kriegsgefangene in großer Zahl. Trotzdem besteht andauernd Arbeitermangel und man ist dazu übergegangen, eine Reihe von Ausnahmebestimmungen zugunsten der Landwirtschaft zu schaffen. In zahlreichen Fällen sind Kriegerfrauen auf dem Lande bei angebotener und auch durchgeführter Entziehung der Kriegsunterstützung zur Annahme von Arbeiten in der Landwirtschaft

Heldentag!

Der 14 April ist der Nationalzeichnungstag für die 8. Kriegsanleihe. Jeder Deutsche muß an diesem Tage den Söhnen und Brüdern draußen im Felde den heißen Dank für die unvergleichlichen Heldentaten, für den siegreichen Schutz der Heimat abstatten. Die Kriegsanleihe gibt dazu die beste Gelegenheit. Darum muß jeder zeichnen, auch wenn er schon gezeichnet hat. Alle Zeichnungsstellen werden nach der Kirche geöffnet sein.

ohne Mühe auf ihre Schindeln und ihre Ständer zu...
wachsen werden, und ohne daß man sich darum kümmerte,
welche Ähre ihnen geboten wurde. Das Hilfsleistungsgesetz
hat besondere Bestimmungen getroffen, um den Landwirten
ihre flüchtigen Arbeitskräfte zu erhalten. Diese Bestimmungen
sind allerdings in der Regel nur in Ausnahmefällen
aus untergeordneten Umständen die Ergänzung landwirtschaftlicher
Arbeitsleistungen auch bei ständiger Bevölkerungsmöglichkeit
und in weitgehendem Maße ist freiwillige Arbeits-
und Erntehilfe durch Schüler usw. organisiert.

Neue große Schwierigkeiten stehen aber in nächster Zeit
 bevor. Nach dem Frieden mit Rußland sollen die Kriegsgefangenen
 baldigst ausgetauscht werden. Auch den bisher zurück-
 gehaltenen russischen und polnischen Arbeitern wird man die
 Rückkehr in ihre Heimat gefallen lassen müssen. Wenn auch
 die Abwicklung dieses Austausches schon infolge der Trans-
 portschwierigkeiten gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, so
 kann doch fraglich sein, ob aus diesem Menschenreservoir zur
 diesjährigen Ernte noch genügend Arbeitskräfte zur Verfügung
 stehen werden.

Am höchsten Maße muß es aber zweifelhaft sein, ob nach
 dem Kriege bei der dann zu erwartenden wirtschaftlichen Ent-
 wicklung der ehemals oder noch russischen Länder der Zustrom
 von Arbeitskräften aus diesen Gebieten für die deutsche Land-
 wirtschaft auch nur annähernd in dem Umfange vorhanden sein
 wird wie früher, da sie jetzt wahrscheinlich in ihrem eigenen
 Vaterlande lohnende Beschäftigung unter freibeitlichen Ver-
 hältnissen finden werden. Andere Länder stehen aber für die
 Heranziehung von Arbeitskräften in diesem Maße kaum zur
 Verfügung, da es zweifelhaft sein muß, ob selbst die chinesischen
 Kulis noch Verslangen tragen werden, unter die Fuchel der
 östlichen Winter zu treten.

Rechnen wir auch nur mit dem Ausfall der Hälfte der
 vor dem Kriege vorhandenen ausländischen Landarbeiter (in
 Preußen ein Ausfall von circa 4-500 000), rechnen wir
 weiter mit einem ähnlichen Abgang infolge der Kriegsver-
 luste, so ergibt sich ein Fehlbetrag an Arbeitskräften, der die

Wirtschaft der Landwirte gefährlich bedroht. Die
 Frage der Eindämmung der Landflucht und der Durchführung
 von Arbeitskräften aus der Stadt aufs Land wird daher von
 erheblicher und allgemeiner Bedeutung. Glaubt aber noch ein
 unvorsichtiger Mensch, daß in Zukunft dieses Ziel durch Zwangs-
 mittel zu erreichen ist und daß man die Landarbeiterhaft noch
 weiter in halber Leibeigenschaft erhalten kann? Ein freier
 Tag muß auch in diese Verhältnisse hinein, sie müssen auf einer
 ganz anderen rechtlichen, materiellen und moralischen Grund-
 lage aufbaut werden. Dann wird es besonders auch in der
 Uebergangszeit zur Friedenswirtschaft möglich sein, zahlreiche
 zurückkehrende Kriegsteilnehmer aufs Land zu führen.

Von dem freiwilligen Entgegenkommen der landwirt-
 schaftlichen Arbeitgeber, insbesondere der Großgrundbesitzer,
 ist nach dieser Richtung aber sehr wenig zu erwarten. Der
 Standpunkt des „Herrn im Hause“ wird von ihnen mit rüch-
 tichtsloser Brutalität vertreten, sie werden den Landarbeiter
 freiwillig nicht als gleichberechtigt im Arbeitsverhältnis aner-
 kennen. Sie werden nach wie vor bestrebt sein, alle Macht-
 mittel ihrer Vorherrschaft auf dem Lande anzuwenden. Wie an
 alle Vorrechte, kümmern sie sich auch an diese mit Häuten und
 Zähnen und geben nichts preis. Am deutlichsten wird dies
 ja illustriert durch die Tatsache, daß die Landwirtschaft trotz
 ihrer riesigen Kriegsgewinne die Löhne ihrer Arbeiter im Kriege
 nur unwesentlich ausgebaut hat. Soll eine sichtbare Besse-
 rung der Landarbeiterverhältnisse eintreten, so muß die Gesetz-
 gebung eingreifen, schnell und gründlich.

Der Weg dazu ist durch das gemeinsame Programm der
 Landarbeiterverbände gewiesen.

Will man die deutsche Landwirtschaft leistungsfähig er-
 halten, so braucht sie vor allen Dingen eine ausreichende und
 leistungsfähige Arbeiterschaft. Unsere Unabhängigkeit vom
 Auslande in der Ernährungsfrage hängt wesentlich hiervon
 ab. Dieser Arbeiterstamm darf aber nicht auf Zwang, Gewalt
 und Leibeigenschaft, sondern muß auf Recht und Freiheit ge-
 gründet sein. Mögen Reichstag und Regierung ihre Pflicht
 tun! Eile tut not!

Mars als alle Fragmente die über Leben Zweifel erhabene Hundstunde
 Bestimmung unterer Monarchen. Zum Ueberflus sei ausdrücklich fest-
 gestellt, daß die Angaben Clemenceaus über die bescheidenen Ver-
 hältnisse Kaiser Karls von Anfang bis Ende erlogen sind. Deutlicher
 geht aus all den Ausprägungen Clemenceaus nur die von ihm offen-
 kundig bekannte Tatsache hervor, daß der Krieg an der Westfront an-
 dauernd well Frankreich Elsch-Lothringen erobern will. Einen besseren
 Beweis, daß die Mittelmächte zur Verteidigung ihres Bestandes
 kämpfen, hätte Clemenceau der Welt nicht liefern können.

Wien, 11. April. (B. Z.) Allgemein glaubt man, daß die
 beiden Schreien des Kaisers, auf die sich Clemenceau beruft, über-
 haupt nicht existieren. Vielfach kann man der Ansicht begegnen, daß
 es sich hier um irgend eine mißglückte und verfallene Neuerung in
 einem Brief des Kaisers an Mitglieder des Hauses Parma handelt.
 Bekanntlich haben zwei Schwäger des Kaisers belgische Note
 Kreuz-Dienste getan, und auf die politischen Auffassungen einzelner
 Mitglieder des Hauses Parma hat erst vor kurzem Professor Heinrich
 Friedberg in einem aufsehenerregenden Artikel andeutungsweise hin-
 gewiesen. Nach einem anderen, übrigens natürlich vollkommen un-
 kontrollierbaren Gerücht, das man heute vielfach hört, soll Clemenceau
 auf einen Brief hingewiesen haben, den die Herzogin von Parma,
 die Mutter der Kaiserin Zita, an ihren Sohn, den Prinzen Stiskus
 geschrieben und dem der Kaiser einige Zeilen beigefügt haben soll.
 Das würde auch den Ausbruch Clemenceaus, der Kaiser habe das vom
 französischen Kriegsminister angeführte Schreiben gegenseitig
 einigermassen erklärt. An maßgebender Stelle wird, wie bereits
 berichtet, erklärt, daß sich Clemenceau auf ein völlig apokryphes Do-
 kument beruft.

Painlevé gegen Clemenceau

Genf, 6. April. (B. Z.) Clemenceau hat sich gegenüber
 den Mitteilungen des Grafen Czernin darauf berufen, daß er
 durch die vorangegangene Regierung in die Zwangslage ver-
 setzt worden war, den Geheimvertrag Armands mit Reverera,
 dem Vertiguensmann Czernins, weiter zu dulden. Demgegen-
 über erklärt heute Painlevé im Einvernehmen mit Ribot, daß
 im August 1917 nur eine einzige Unterredung zwischen Armand
 und Reverera stattgefunden habe, und daß bei Uebergabe der
 Geschäfte an Clemenceau Anfang Dezember 1917 von keiner
 weiteren Unterredung Armands mit Reverera an amtlichen
 Pariser Stellen etwas berichtet worden sei.

Renauld kündigt in der „Humanité“ einen neuen parla-
 mentarischen Vorstoß gegen Clemenceau an. Clemenceau habe
 bei der Auswahl der Parlamentarier, die ihn nach der Front
 begleiteten sich durchaus nicht unparteiisch gezeigt, was auf der
 Linken starke Verstimmung hervorgerufen habe.

Protestkundgebungen gegen Clemenceau

Zürich, 9. April. Westschweizerische Blätter melden aus
 Paris, daß in den letzten Tagen auf dem Opernplatz und auf
 dem Concordeplatz in Paris Kundgebungen gegen Clemenceau
 und Poincaré stattgefunden haben. Wie die Pariser
 Blätter melden, wird eine Resolution zur „Friedensfrage von
 den links-sozialistischen Gruppen der Kammer vorbereitet.“
 (Börs. Ztg.)

Französische Koalition für Verständigungsfrieden

Frankfurt a. M., 9. April. Der „Frankfurter Zeitung“
 wird aus Genf berichtet: Am Sonnabend ist die seit Monaten
 angekündigte „republikanische Koalition“, d. h. die Vereinigung
 von 400 Persönlichkeiten der äußersten Linken der republikani-
 schen Parteien in Frankreich zustande gekommen. Die Koalition
 erklärt einen Aufruf, in dem sie sich für einen Verständigungs-
 frieden erklärt. Dem Programm der Koalition ist ein Aufruf
 an alle Republikaner angehängt, in dem zum Schluß an-
 gefordert wird, die republikanischen Staatseinrichtungen in
 Frankreich gegen die royalistische Agitation der „Action
 Française“ zu verteidigen. In diesem Aufruf ist das Zuge-
 ständnis enthalten, daß die kriegerische Hege der „Action
 Française“ eine Demoralisierung des politischen Lebens be-
 wirkt hat. Zum Vorstand der republikanischen Koalition ge-
 hören Abgeordnete der Mehrheit und der Minderheit der sozia-
 listischen Parteien, ebenso auch die bekanntesten Führer der
 Gewerkschaften. Von radikaler Seite ist nur der linke Flügel
 vertreten. Von den Sozialisten gehören dem Vorstande ferner
 noch die ehemaligen Minister Sembat und Albert Thomas an.

Drei französische Friedensfreunde verurteilt

In der letzten Woche des Monats März fanden die
 Lehrerin Helene Brion und der Lehrer G. Roussard (Kriegs-
 beschädigter) vor einem Pariser Gericht und die Lehrerin Lucie
 Colliard vor einem Gericht in Lyon unter der Anklage, friedens-
 freundliche Broschüren verteilt zu haben. Die Angeklagten
 verwahrten sich entschieden gegen den Vorwurf, einen Frieden
 um jeden Preis gewünscht zu haben. Sie seien vielmehr für
 einen Verständigungsfrieden eingetreten. Die Gerichte er-
 lösten hierin eine „Propaganda delikt“ (eine Propaganda der
 Niederlage) und verurteilten Brion zu drei Jahren, Colliard zu
 zwei Jahren, Roussard zu sechs Monaten Gefängnis.

Die „Leipziger Volkszeitung“ für Clemenceau

Wenn Graf Czernin sich durch seine Wiener Rede ein
 Verdienst erworben hat, so geschah es durch die Mitteilung der
 Tatsache, daß der französische Diktator Clemenceau das Blut-
 vergießen der Westoffensive mit verbrecherischer Frivolität nur
 deshalb herbeigeführt hat, weil er auf die Eroberung von
 Elsch-Lothringen nicht verzichten will. Nur in diesem ver-
 brecherischen Eroberungswahn mies er die Friedenshand zu-
 rück und stieß sein armes Volk wieder in den Blutstrom der
 Schlachten. Alle Welt ist starr, ob dieser ungeheuerlichen Ver-
 sündigung an der Menschlichkeit. Und doch findet der Mann,
 den man in Frankreich seines reaktionären Wirkens wegen,
 den Tiger nennt und der gegen die ihn jerschmetternde Anklage
 nur mit einer stieren Bülge antworten konnte, in Deutschland
 noch einen Verteidiger in der „Leipziger Volkszeitung“!
 Dieses Zentralorgan der „Unabhängigen“ schmähst täg-
 lich die deutschen Sozialdemokraten in der müßigsten Sprache —
 ein richtiggehender Doktor leitet sie selbstverständlich verant-
 wortlich — als „Regierungs“ treue, weil sie ihr Volk nicht
 von der Entente unterjochen lassen wollen. Ganz folgerichtig
 fühlt es sich daher in der ausländischen „Regierungsnecht-
 schaft“ am wohlsten. In der Nr. 76 vom 3. April fällt die
 „L. V.“ die ganze erste Seite mit der Rede Czernins. Mit
 lächerlicher Fettschrift anklagend überschrieben: „Eine
 Kriegstede — Czernins“ und kein einziges Wort,
 nicht einmal die zarteste Andeutung gegen den Volksmörder
 Clemenceau! Nicht einmal im Text der Rede ist die wichtigste
 Mitteilung über Clemenceaus Verbrechen irgendwie angemert.

Kriegsnachrichten

Der Kampf bei Armentières

Berlin, 11. April. Zum Einbruch zwischen Armentières und
 am La Bassée-Kanal. Die deutsche Infanterie, begleitet von den
 Feuerwehren der eigenen Artillerie, brach jeden Widerstand und drang
 unaufhaltbar bis in den breiten sumptigen Eys-Abchnitt vor. Hier
 trat der erste Halt ein. Die Brücke war gesprengt, die Wege waren
 ungangbar geworden und in den jahrelangen Kämpfen förmlich in die
 Erde versunken. Geschützrichter an Geschützrichter schien jedes Vor-
 bringen an Geschützen auszuschließen. Die Brückentrains drohten
 in den morastigen Boden zu versinken. Dennoch ging es vorwärts.
 Laufende von Minierern, Arbeitssoldaten und Infanteristen schafften
 mit aller Macht bis zur Erschöpfung an der Herstellung von Behelfs-
 wegen aller Art aus jedem nur denkbaren Material, um den Nachschub
 der Kampftruppen zu sichern. Die feindlichen Stellungen wurden
 niedergelegt, Flußläufe, Wassergräben, steile Granatrichter überquert,
 und das Unglaubliche geschah, schon bei einbrechender Dämmerung
 standen Artillerie und Brückentrains zu weiterer Verwendung am
 Südufer der Eys bereit, und noch in der gleichen Nacht gelang es der
 unermüdbaren und unergieblichen deutschen Infanterie mit Be-
 helfsmitteln aller Art einzeln und in Gruppen, später in Sägen und
 Kompanien, trotz heftiger feindlicher Gegenwirkung das Nordufer
 des Flusses zu gewinnen. Eine magische Gewalt trieb jeden einzelnen
 vorwärts. Das menschliche Willen und menschliche Körperkraft zu
 überwinden überhaupt umstände sind, wurde geleistet.

Armentières gefallen

Gesamtergebnis bei Armentières bisher 20 000 Gefangene,
 mehr als 200 Geschütze

Amstich, Großes Hauptquartier, 12. April 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz

Armentières ist gefallen. Durch Truppen der Generale von
 Oberhardt und von Stellen von Norden und Süden umfaßt, ihrer
 Rückzugsstraßen beraubt, streckte die englische Besatzung — 50 Offi-
 ziere und mehr als 3000 Mann — nach kasperer Wehr die Waffen.
 Mit ihnen fielen 45 Geschütze, zahlreiche Maschinengewehre, große
 Munitionsmengen, ein Bekleidungslager und reiche andere Beute in
 unsere Hände.

Nordwestlich von Armentières gewonnen wir Raum. West-
 lich von Armentières waren Truppen der Generale von Stellen
 und von Caronich nach Abbruch flacker, mit zusammengebrochenen
 Kräften gegen Steuwerd gefährlicher Gegenangriffe und nach er-
 bittertem Kampf zur vierten englische Stellung den Feind in der
 Richtung Baillet und Herouville zurück. Herouville wurde gewonnen.

Auf dem Südufer der Eys erkämpften sich Truppen des Gene-
 rals von Bernhardt den Uebergang über die Eise und stehen bis in
 die Höhe von Herouville vor.

Die Gesamtergebnisse aus der Schlacht bei Armentières betragen
 nach den bisherigen Feststellungen 20 000 Gefangene, darunter ein
 englischer und ein portugiesischer General, und mehr als 200 Geschütze.

Die Ueberwindung des verstopften Trichterendes in und
 vor unserer Ausgangsstellung des 9. April stellte höchste Anforderun-
 gen an die Truppen aller Waffen der vordersten Linie. An ihrem
 Gelingen haben Pioniere, Armierungssoldaten und die hinteren Di-
 visionen hervorragenden Anteil.

Auf dem Schlachtfelde zu beiden Seiten der Somme ent-
 wickelten sich heftige Artilleriekämpfe. Französische Regimenter, die
 auf dem Westufer der Aise westlich von Moreuil ankümmten, brachen
 unter den schwersten Verlusten zusammen und ließen 300 Gefangene
 in unserer Hand, die später durch französisches Artilleriefeuer ver-
 nichtet wurden.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
 Der erste Generalquartiermeister.
 W. I. B. Eudendorff.

Bedrohung der französischen Hauptstellung

Berlin, 11. April. Dem „Lokal-Anzeiger“ wird von der
 Schweizer Grenze gedrahtet: Die „Zürcher Zeitung“ meldet:
 Südlich Amiens ist die Sicherheit der ganzen französischen
 Hauptstellung bedroht. Wenn die Deutschen südlich der Somme
 Erfolg hätten, würde auch die Stellung von Albert bis zum
 Ancretal unhaltbar werden. Die französischen Blätter melden
 ohne Behinderung durch die Zensur, daß die Entwicklung der
 militärisch-strategischen Lage General Foch gezwungen habe,
 seine beabsichtigte Gegenoffensive in großem Maßstab auf un-
 bestimmte Zeit hinauszuschieben.

Opposition gegen die erweiterte Wehrpflicht

Rotterdam, 11. April. „Nieuwe Rotterdamse Courant“
 meldet aus London, daß Asquith bei der zweiten Lesung der
 Mannschaftsvorlage erklärte, die Altersgrenze von 50 Jahren
 sei zu hoch gegriffen. Bonar Law erwiderte hierauf, daß die
 Regierung die Herabsetzung der Altersgrenze auf 48 Jahre in
 Erwägung ziehen werde. Inzwischen beschloß die liberale
 Kriegspartei, die Regierung zu unterstützen. Die Nationalisten
 blieben bei ihrer scharfen Opposition und die geistige Sitzung
 verlief wieder stürmisch. Es herrscht namentlich über den Ar-
 tikel 4 der neuen Vorlage, in welchem am Ministerium für den
 nationalen Dienst weitgehende Vollmachten erteilt werden,
 große Beunruhigung. „Daily Chronicle“ schreibt, Artikel 4
 gebe den Behörden, die mit der Einziehung der Mannschaften
 betraut sind, diktatorische Gewalt. Wenn er angenommen
 werden würde, würden alle verfassungsmäßigen Garantien
 beseitigt werden.

Politische Wochenschau

Friedensverhandlungen

Oesterreich Friedensbereit

Wien, 9. April. Dem Berliner „Tagblatt“ wird ge-
 schrieben: In unterrichteten Kreisen wird ohne weiteres zu-
 gegeben, daß hochstehende Persönlichkeiten Sondierungen über
 die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens vorgenommen
 haben und daß auch Kaiser Karl selbst mit Persönlichkeiten,
 die internationale Beziehungen besitzen, wiederholt die Frage
 der Herbeiführung eines allgemeinen Friedens erörtert hat.
 Ebenfalls ist es ganz allgemein bekannt, daß vor etwa drei Mo-
 naten eine amerikanische Persönlichkeit, Professor Anderson,
 der in Washingtoner Kreisen Beziehungen besitzt, beim Grafen
 Czernin in Wien und später beim Grafen Andorffy und Liza
 in Budapest gewesen ist und mit ihnen die Möglichkeit einer
 österreichisch-amerikanischen Friedensvermittlung erörtert hat.

Überdies wird immer wieder mit Nachdruck betont,
 daß es sich bei diesen Sondierungen nie um die Erreichung
 eines Sonderfriedens mit Oesterreich, sondern daß es sich selbst-
 verständlich um die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens
 gehandelt habe.

Kaiser Karl gegen Clemenceau

Wien, 11. April. Amstich. Clemenceau sucht sich durch fort-
 gesetzte Vertreibungen von Tatsachen aus der politischen Lage heraus-
 zuwinden, in die er durch das Vorgehen der in der Rede Czernins
 vom 2. April enthaltenen Feststellungen geraten ist. Wir halten es
 für überflüssig, die Unwahrheit jeder einzelnen seiner Behauptungen
 besonders nachzuweisen, denn wir würden uns damit nur in den
 Dienst seiner oftstündigen Behauptung stellen, durch Erörterung über
 die Vorgeschichte der Freiburger Zusammenkunft die Unparteilichkeit
 von jenen zwei Tatsachen abzulenken, auf welche es in der Rede
 Czernins allein ankommt, daß nämlich Clemenceau noch kurz vor
 Beginn der letzten Offensive im Westen erst eine Annäherung an
 Oesterreich-Ungarn gesucht und ihm sodann zu wider stehen hat, daß
 Frankreich zu einem Frieden ohne die Annexion Elsch-Lothringens
 nicht zu haben sei. Fern sucht Clemenceau in seinem Bestreben die
 Aufmerksamkeit von diesen zwei Punkten dadurch abzulenken, daß er
 ungenügend präzise Behauptungen in die Diskussion wirft, die Kaiser
 Karl brieflich getan haben soll, und die, wie er behauptet, besagen,
 daß „er den gerechten Wünschen Frankreichs auf Wiedererwerb
 Elsch-Lothringens zustimme“, und daß ferner kein Minister des
 Kaisers ebenso denke wie er. Die Unanständigkeit dieser Behauptung
 liegt auf der Hand; sie steht in förmlichem Widerspruch mit allen
 öffentlichen Reden, die der verantwortliche Minister des Kaisers stets
 gehalten hat und die auch in Frankreich bekannt sind. Insbesondere
 beweist die nicht einmal von Clemenceau abzulugnende Tatsache, daß
 2. und 3. Truppen für Elsch-Lothringen an der Westfront kämpften.

Es vertritt den Willen des Zentralorgans der Sozialistischen Arbeiterpartei, den Helden seines Volkes und des Friedensfreundes Gallaux, den Schöpfer der Märchen Jean Jaures' in den Mantel alles verzehrender Liebe. Dafür schmückt das ehrliche Blatt aber in derselben Nummer den Genossen Schebermann, weil er einer deutschen Regierung noch nie auch nur ein Lausendstel der Liebesdienste geleistet hat, die das unabhängige Organ für einen Clemenceau gewährt.

Genau so widerwärtig unterschlägt die „L. V.“ das Friedensverbrechen ihres Clemenceau auch noch am 4. April. Sie wendet sich an diesem Tage gegen amerikanistische Reden — Czernins, spricht aber kein einziges Wort gegen den Tiger, der selbst in Frankreich nur noch Verachtung genießt. Dafür bringt die „L. V.“ aber ganz vorzüglich in Festbrud die Nachricht, daß Clemenceau die ihn verurteilende Entschuldig Czernins für erlogen erklärte! Dienstbeflissene Lakaien hat selbst der Zar von Rußland nie gehabt, als Clemenceau in diesen „unabhängigen“ Friedensfreunden! Was schert es ihnen, daß deutsche Arbeiter im Westen dem imperialistischen Unmenschen zu Tausenden geopfert werden müssen.

„Nieder mit Lloyd George!“

Bern, 7. April. Die Jahresversammlung der unabhängigen Arbeiterpartei in Basel hat in der Schlußsitzung die Entschließung des Inhaltes an, daß nur ein baldiger demokratischer, unangeführter Verhandlungsfriede den Völkern vor gänzlicher gegenwärtiger Vernichtung, Ruin und Bankrott bewahren könnte. Der Vorsitzende der Bergmanns-Union, Smille, bezeugte bei Einbringung dieser Resolution Lloyd Georges Aeußerung, daß der letzte Mann des Landes im Kampfe den Ausschlag geben werde, als lächerlich und freivol, beklagte die auf beiden Seiten der Völker zum Hass anregende Rinnsteinpresse und betonte unter Beifall: „Wie ich nicht wünsche, die Deutschen unser Land überrennen zu sehen, so wünsche ich nicht, daß wir Deutschland überrennen.“ Frau Snowden sagte, die Entschließung unterschlägt: „Wenn von dieser Versammlung ein Motto ausgehen sollte, so ist es dieses: Nieder mit Lloyd George! Das ist für mich keine rhetorische Phrase, und ich hoffe, daß auch Ihr alle ihn stützen wollt. Solange Männer wie Lloyd George an der Spitze stehen, ist für unser Land und die ganze Welt keine Hoffnung.“ Unter Beifall empfahl die Rednerin, die Kandidatur Lansdowne für den Fremdenministerposten zu unterstützen, sofern sich derselbe für einen reinlichen Frieden erklären sollte. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Haag, 11. April. (Tägl. Rundsch.) Aus London wird gemeldet: In parlamentarischen Kreisen laufen hartnäckige Gerüchte um über eine Abdankung des britischen Kabinetts.

„Fortschrittliche“ Friedenswandler

Haag, 11. April. (Berl. Tageblatt.) In der holländischen Presse hat eine Meldung über einen angeblichen Beschluß der Fortschrittlichen Volkspartei gegen die Reichstagsresolution vom 19. Juli allgemeines Aufsehen erregt.

„Handelsblad“ schreibt: Die Fortschrittliche Volkspartei in Deutschland, eine der fortschrittlichsten Parteien, hält nun den Augenblick für gekommen, um zu sagen, daß die Friedensresolution vom 19. Juli nicht mehr besteht. Der Verteidigungskrieg sei also beiseite geschoben, der Eroberungskrieg beginne. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erklärte die Meldung zunächst für unglaubwürdig. Es sei nicht anzunehmen, daß die Resolution vom 19. Juli lediglich eine heuchlerische Komödie gewesen ist. Der Beschluß werde, so sagt auch die übrige holländische Presse, eine deprimierende Wirkung auf die Truppen im feindlichen Ausland, die aufrichtig einen Verständigungsfrieden wünschen, nicht verfehlen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ demgegenüber feststellen möchte, liegt ein solcher offizieller Beschluß der Fortschrittlichen Volkspartei nicht vor. Die Verwirrung habe der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen angerichtet, der jedoch in einer Broschüre die Resolution vom Juli 1917 über Bord geworfen und sich zum Annexionismus bekannt hat.

Heimkehr der Kriegsgefangenen

M. L. B. Berlin, 4. April. Amtlich. Nachdem die Ratifikationsurkunden über den Friedensvertrag zwischen Deutschland und Rußland ausgetauscht worden sind, geht die für die weitesten Kreise des deutschen Volkes besonders bedeutungsvolle Frage der Rückkehr der beiderseitigen Kriegs- und Zivilgefangenen ihrer Lösung entgegen. Nach den Bestimmungen des Zusatzvertrages soll der Austausch der Kriegsgefangenen und die Heimförderung der internierten und verschleppten Zivilangehörigen beider Teile tuncächst bald erfolgen, soweit sie nicht mit Zustimmung des Aufenthaltsstaates in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen. Zur Regelung der Einzelheiten des Abtransportes und um die Durchführungen der getroffenen Vereinbarungen zu überwachen, wird eine aus vier deutschen und vier russischen Vertretern zu bildende Kommission zusammentreten, und zwar voraussichtlich in Petersburg oder Moskau, wohin sich die deutschen Mitglieder der deutschen Kommission demnächst begeben werden. Es steht zu hoffen, daß die Arbeit der Kommission rasch vorwärtsschreiten und der Abtransport, der bereits auf der Grundlage der früheren Vereinbarungen über die Front in die Wege geleitet worden ist, nach Möglichkeit gefördert werden wird. Immerhin muß bei der Ausdehnung des in Betracht kommenden russischen Gebietes und der Schwierigkeit der Beförderungsverhältnisse damit gerechnet werden, daß noch einige Monate vergehen, bis die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen sämtlich aus Rußland in die Heimat zurückgeführt sein werden. Bis zum Abtransport wird die Fürsorge für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, die bisher von den Vertretern der neutralen Schutzmacht in Rußland oblag, von einer Anzahl besonderer deutscher Kommissionen übernommen werden, zu deren Zulassung und amtlichen Unterstützung sich die russische Regierung im Zusatzvertrag zum Friedensvertrag ausdrücklich verpflichtet hat. Diese deutschen Kommissionen werden gleichfalls möglichst bald an den Orten der ihnen nach Lage der Verhältnisse zugewiesenen Wirkungskreise ihre Tätigkeit beginnen und, mit erforderlichen Geldmitteln ausgestattet, die Fürsorge für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen bis zur Abtransport in die Hand nehmen.

Wort aus der Ukraine

Kiew, 6. April. Die Verhandlungen über den Waren-austausch zwischen den Zentralmächten und der Ukraine haben erst in den letzten Tagen erhebliche Fortschritte gemacht und scheinen nun befriedigenden Verlauf zu versprechen. Die von den Zentralmächten vorgeschlagene Organisation bezüglich der Ausfuhr von Brot- und Futtermitteln in einer Menge von einer Million Tonnen ist von der ukrainischen Staatskommission prinzipiell angenommen. Die endgültige Preisnotierung dürfte in einigen Tagen erledigt sein. Selbstredend aber steigen die Preise vielfach die deutschen Höchstpreise erheblich. Das ukrainische Ernährungsministerium hat bereits größere Mengen von Getreide und Lebensmitteln überwiesen, so daß Mitte April etwa 3000 Waggons zum Abrollen freigegeben werden.

Die englischen Seelen verhindern Submans' Friedensfahrt nach Amerika

Aus London wird gemeldet: „Daily Mail“ schreibt: Stuart Bunting, Carl Lockhart und Camille Huysmans, drei der internationalen Arbeiter und Sozialistenbelegierten zu der Kriegszielkonferenz der amerikanischen Arbeiterföderation, sollten mit einem amerikanischen Luftdampfer abfahren, trafen aber nicht im Abgangshafen ein. Die Mannschaft des Dampfers, sowohl Briten wie Amerikaner, haben dieselbe Stellung wie die Gewerkschaften der Seelen und Heizer eingenommen und erklärt, daß sie das Schiff verlassen werden, falls die Delegierten an Bord desselben kämen. Die Delegierten werden wahrscheinlich auch keine anderen Dampfer zur Überfahrt finden, weil die Befragungen durchweg den Gewerkschaften angehören.

Deutschland

Zur Affäre Lichnowsky

Verhaftung des Hauptmanns v. Beerfelde. Der „Tag“ meldete kürzlich, daß der Hauptmann v. Beerfelde aus dem stellvertretenden Generalstab wegen Verbreitung der Lichnowsky-Denkchrift verhaftet worden sei. Das ist nach unseren Informationen in dieser Form nicht zutreffend.

Hauptmann v. Beerfelde war aus dem Krieg mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse, aber als leidenschaftlicher Friedensfreund zurückgekehrt. Im Hause des Geheimrats Wittling erhielt er im Herbst v. J. von der Denkchrift Lichnowskys Kenntnis, deren Inhalt ihn tief erschütterte. In der Meinung, seinem Lande durch Verbreitung der Wahrheit dienen zu müssen, ließ er die Denkchrift ohne Vorwissen Wittlings in mehreren Exemplaren vervielfältigen, die er dem Kronprinzen, Ludendorff und einer Reihe bekannter Politiker überlieferte. Daraufhin wurde er verhaftet und wegen Ungehorsams gegen einen militärischen Befehl vor Gericht gestellt. Ein höherer Offizier behauptete nämlich, er habe Herrn v. Beerfelde jede politische Betätigung verboten und durch die Uebertretung dieses Verbots sollte sich der Hauptmann schuldig gemacht haben.

In der Verhandlung bestritt Herr v. Beerfelde, jemals einen solchen Befehl erhalten zu haben, und sein Vorgesetzter blieb als Zeuge bei seiner ersten Aussage nicht stehen. Der Angeklagte wurde infolge dessen in zwei Instanzen rechtskräftig freigesprochen. Er beruhigte sich jedoch nicht dabei, sondern verfasste eine Beschwerde gegen seinen Vorgesetzten, in der er schwere Beschuldigungen gegen diesen erhob. Infolge dessen wurde er abermals verhaftet. Mit der Verbreitung der Lichnowsky-Denkchrift hat diese Verhaftung also nur mittelbar etwas zu tun. (Z. 95)

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bestätigt die Schilderung des „Vorwärts“ von der Verhaftung des Hauptmanns von Beerfelde und sagt, das belastende Material gegen diesen Hauptmann a. D. habe sich so verdichtet, daß gegen ihn ein Verfahren wegen Anstiftung zum Landesverrat anhängig gemacht worden ist. Ebenso wie die Verhaftung hänge auch dieser Prozeß mit der Angelegenheit Lichnowsky nicht oder höchstens nur indirekt zusammen.

Eine Rede des Reichskanzlers

Ist nach der „Germania“, die sich über die Absichten des Kanzlers wiederholt als gut unterrichtet gezeigt hat, beim Wiederzusammentritt des Reichstags zu erwarten. Graf Hertling werde über die politische Lage sprechen. Voraussichtlich werde bis dahin der Friedensvertrag mit Rumänien unterzeichnet sein, sodas Graf Hertling auch über unsere neuen Beziehungen zu Rumänien sprechen könne und weiter werde der Kanzler sich mit den in der jüngsten Rede Czernins aufgeworfenen Fragen befassen.

Im Gegensatz zu dieser Meldung erfahren wir, daß der Reichskanzler vorläufig keine politische Rede halten wird. Er ist vielmehr der Meinung, daß die jetzige Zeit Taten und nicht Worten gehört.

Die Reichstagsersatzwahl in Zwidau

Ausstellung des sozialdemokratischen Kandidaten. Zwidau, 7. April. In der heute in Zwidau für den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis abgehaltenen Kreisgeneralsversammlung, in der Genosse Dr. Gradnauer-Dresden über die politische Lage und die Stellung der Partei sprach und mit seinen Ausführungen starken Beifall der Versammelten erzielte, wurde als Kandidat für die am 13. Mai stattfindende Reichstagsersatzwahl Bezirkssekretär Genosse Richard Meier-Zwidau aufgestellt. Die Stimmung der Versammlung war durchaus zuverlässig.

Lehrerzulagen für die Landtagsabgeordneten

Den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses ist eine besondere Lehrerentschädigung von täglich 10 Mark bewilligt worden, sodas sie anstatt 15 nunmehr 25 Mark an Tagegeldern erhalten werden. Die Diätenerhöhung beginnt rückwirkend mit dem 15. Januar d. J. — Welchen Lärm rufen die altdeutschen Blätter machen, wenn der „überalterte Reichstag“ Diätenerhöhung erziele. Beim überalterten Dreiklassenhaus ist es natürlich ganz etwas Anderes!

Polen

Verweigerung der Sühnestrafe

Warschau, 7. April. (Privattelegramm.) Da der Warschauer Magistrat die Buße von 250 000 Mark, welche der Stadt Warschau wegen der Vorfälle nach dem Bekanntwerden des Friedensvertrages mit der Ukraine am 14. Februar auferlegt war, bisher trotz Mahnung nicht zahlte, benachrichtigte, laut „Kurjer Warszawski“, der kaiserlich deutsche Polizeipräsident den Magistrat, daß die auferlegte Strafe von den der Stadt gebührenden Eingängen in Abzug gebracht werden würde, welche sich in den Händen der Okkupationsmächte befinden.

Spaltungen der Parteien

Warschau 8. April. „Przeglad Poranny“ gibt Gerüchte wieder, wonach es im nationalen Zentrum zu einer Spaltung kommen soll. Die Gruppe der Altdeutschen und die Partei der polnischen Demokratie, welche sich, wie dieser Tage gemeldet wurde, zur „Polnischen demokratischen Partei“ zusammenschließen, sollen beabsichtigen, aus dem nationalen Zentrum auszuscheiden und sich in der Richtung des Programms des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens zu orientieren.

Wahlen ohne Wähler

Warschau, 10. April. Gestern fanden im Gebiete des Königreichs Polen die Wahlen zum Staatsrat statt. Die demokratischen und sozialistischen Kreise beteiligten sich nicht. Die Wahlbeteiligung war gering. In der Warschauer Stadtverordnetenversammlung hatten die demokratischen und sozialistischen Gruppen Erklärungen über die Gründe ihrer Wahlenthaltung abgegeben.

Rußland

Carl Liebtnecht als St. Petersburginhaber

Der Sonderberichterstatter der „Ag. Havac“ in Petersburg meldet: Auf Befehl der Regierung hat das erste Regiment der Roten Armee die Bezeichnung „Carl Liebtnechts sozialistische Abteilung“ erhalten.

Japans Vorgehen

Haag, 11. April. (Tägl. Rundsch.) Die „Daily News“ meldet aus Petersburg: Der Volkstommislar für auswärtige Angelegenheiten ist mit den Vorbereitungen zur Verurteilung von Geheimdokumenten beschäftigt, die beweisen sollen, daß das jetzige Vorgehen Japans in Sibirien schon zu Beginn der russischen Revolution geplant war.

WTB. Berlin, 11. April. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Stockholm: Japan verhandelt mit China über den Einmarsch chinesischer Truppen in die Mandchurei. Die zögernde Haltung Chinas wird mit der Inanspruchnahme seiner militärischen Kräfte durch die Wirren im Innern Chinas erklärt.

Einspruch gegen Japans Eingriff

Tokio, 9. April. (Reuter.) Der Sowjet und der Gemeindevater von Wladiwostok erhoben Einspruch beim japanischen Konsul gegen die japanische Vandalung. Der Einspruch setzt in den höchsten Worten auseinander, daß alles getan wird, um die Unruhestifter in Wladiwostok gefangen zu nehmen und daß die Uebergriffe als gewöhnliche Diebereien betrachtet werden müssen. Es wird bedauert, daß das befreundete Japan zu dieser Maßregel übergehen zu müssen glaubte, denn die Gründe Japans für diese Maßnahmen seien schwer zu erklären. Die Maximalisten sind Japan nicht unfreundlich oder feindlich gesinnt. Der japanische Konsul antwortete darauf, daß diese Maßregel ausschließlich Selbstverteidigungszweck sei und keinen Eingriff in die innere russische Verwaltung bedeute. Die maximalistischen Behörden richteten eine Mitteilung an die Arbeiter, unter denen große Erregung herrscht, um sie auf die Gefahr feindlichen Verhaltens gegenüber den Japanern hinzuweisen. Britische Marinetruppen wurden am Nachmittag des 6. April an Land gesetzt. Zahlreiche Bewohner sahen stillschweigend zu. Die Siabi ist ruhig. Man erwartet keine Ruhestörungen.

Petersburg, 11. April. (Reuter.) Nach einem Telegramm aus Wladiwostok teilten die ausländischen Konsuln dem örtlichen Sowjet amtlich mit, daß die Truppen zurückgezogen würden, sobald nach Ansicht der Konsuln die Ordnung wiederhergestellt sei.

Kriegswirtschaft

100 Strafanzeigen wegen zu hoher Gänsepreise.

Im Handel mit Gänsen ist die Hauptzeit zwar vorüber, aber für einen großen Teil der Interessenten, Züchter und Händler sowohl wie Händler und Verbraucher, wird sie noch ein Nachspiel haben. Obwohl die Höchstpreise für Gänse wahrlich hoch genug bemessen sind, begründeten sich in Berlin Magistrate mehr als hundert strafbare Ueberschreitungen des Höchstpreffes festgestellt und der Strafbehörde zur Anzeige gebracht. Bemerkenswert ist die große Anzahl von Strafanzeigen, bei denen der Verstoß nicht durch die Berliner Käufer erfolgt, sondern bei denen eine Ueberforderung aus oft entlegenen Gebieten des Reiches vorlag. In merkwürdigem Gegensatz zu der jetzt von Althergebrachten vorgeführten Unkenntnis der Höchstpreisverordnung stand die Kenntnis von den Wucherpreisen, die im Schleißhandel bezahlt wurden. Daß der Kleinhandelspreis von 4,25 Mark für das Pfund schon von Züchtern gefordert wurde, war noch der geringste Verstoß. 5 und 6 Mark waren übliche Forderungen. Aber auch Preise von 7 bis 15 Mark für das Pfund wurden nicht selten verlangt. Die höchsten Preisforderungen kamen aus Oberschlesien.

Aus aller Welt

— Zum Tode verurteilt. Vom Schwurgericht in Dresden wurden die Arbeiter Stephan Kops und Busse wegen des an dem Schlosser Steinhausen begangenen Raubmordes zum Tode verurteilt, während ein Bruder des Kops, Paul Kops, zu der zulässigen Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er bei Begehung der Tat noch nicht 18 Jahre alt war. Eine Schwester des Kops wurden wegen Begünstigung und Hehlerei zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

— Dampferkatastrophe auf der Donau. Budapest, 8. April. Der Umfang des Unglücks, das den Zusammenstoß der beiden Donaudampfer „Sophie“ und „Drina“ verursachte, ist weit größer als im ersten Augenblicke angenommen wurde. Die Zahl der Toten wird auf 50 bis 60 geschätzt. Man befürchtet, daß auch diese Zahl vielleicht noch überschritten wird. Gewißheit wird erst dann erlangt werden, wenn es gelingen wird, den gesunkenen Teil der „Drina“, auf dem sich angeblich zahlreiche Fahrgäste im Morgengrauen im tiefen Schlaf befanden und sich daher nicht retten konnten, zu heben. Das Unglück wurde dadurch verursacht, daß die „Sophie“ so heftig mit der „Drina“ zusammenstieß, daß der Schiffschraubel sich in die „Drina“ einbohrte und ein Loch verursachte, das das Sinken des Schiffes zur Folge hatte. Der Kapitän der „Drina“ hatte soviel Weisheitsgegenwart, Rückdampf zu befehlen, wodurch sein schwer beschädigtes Schiff bis auf einige Meter aus Her gelangen konnte, wo die Fahrgäste ausgegiffert wurden. Die Leitung der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft gibt zu, daß das Unglück durch sträfliche Fahrlässigkeit verursacht worden ist. Die Untersuchung wird feststellen, welches von den beiden Schiffen sich im falschen Fahrwasser befunden hat.

— Jugentgeißung in Hessen-Nassau. Auf der Kleinbahn Hünfeld-Bacha bei Hanau entgleiste ein Bahnzug und stürzte den Damm hinab. Vier Personen wurden getötet, mehrere schwer verletzt.

— Todessturz aus dem fünften Stockwerk. Dienstag abend stürzte das vierjährige Töchterchen Margarete des Arbeiters Wilhelm Reinisch in Berlin aus dem offen stehenden Fenster der im oberen Wohnhause Reuhenstraße 57 im fünften Stockwerke befindlichen Wäscheküche auf den asphaltierten Hof hinab und blieb tot liegen.

— Aus der Volkzeitung des Ostpreußen. Dem wegen schwerer Verbrechen verhafteten Fritz Keller ist es gelungen, aus der Zelle der 102. Berliner Polizeiwache zu entweichen. In einem unbewachten Augenblicke riß er die Vergitterung des Fensters ab und entkam durch das Fenster.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig.
Druck Königsberger Zeitung, G. m. b. H., Altonaer Berg 1. Bz.

!! Modewaren !!

Sehr billige! Verkauf auf Sparatillischen zum Ausverkauf - Sehr billig!

Gruppe I	Stehkragen und Ecken in Baust und Spachtel	Stück 25
Gruppe II	Kragen und Schleifen in Tüll und Baust	Stück 1,00 75 45
Gruppe III	Kragen für Blusen und Jacken in Baust, Tüll, Spachtel, Netz, Hunt	Stück 2,50 1,50 1,25
Gruppe IV	Kragen für Kostüme und Blusen grosse Formen	Stück 4,00 3,50 3,00
Gruppe V	Motive aus Spachtel zum Zusammensetzen, für Decken	Stück 75 65 55 25
Gruppe VI	Gestickte Einsätze aus Kunstseide bunt, Reste und Abschnitte	Stück 65 25 15
Gruppe VII	Tüll- und Spachtel-Musterabschnitte	Stück 50 25
Gruppe VIII	Posamentenverschnür., Hutagraben, Quast., Motive in Seide und Perlen	Stück 2,50 25 15 10
Gruppe IX	Tüllvolants für Blusen und Kleider schwarz und weiss, Reste von 1-2 1/2 Meter	16,00 12,00 8,50 4,00
Gruppe X	Tüll und Spachtelstoffe für Blusen creme, bunt und schwarz	Meter 13,00 7,50 5,50 4,00
Gruppe XI	Einsätze für Blusen und Kleider breit gestickt, schwarz und weiss	Meter 12,00 5,50 3,75 2,25
Gruppe XII	Gürtel in Silckerei, Seide und Perlen	Stück 2,50 1,00 75

FREYMANN

Ordentliche Generalversammlung
 Sonntag den 21. April 1918, nachmittags 3 Uhr
 im Saale der Maurerbrüder, Schillingen 28

1. Bericht über das letzte Halbjahr der Geschäftszeit 1917/18
 2. Beschlussfassung über die am 22. d. M. d. Statuta (Erhöhung des Gesellschaftskapital von 30 auf 60 Mark)
 3. Entsendung zum Genossenschaftstag
 4. Wahlen zum Aufsichtsrat
 5. Verschiedenes

Die Mitglieder, die an der Generalversammlung teilnehmen wollen einen Ausweis über ihre Mitgliedschaft mitbringen.
 Am 28. April findet in Langfahr eine Versammlung statt. Näheres wird noch bekanntgemacht.

Der Aufsichtsrat.
 I. A.: Richard Jäpel, Vorsitzender.

Glasblumen-Schmuck
 Bröckchen mit Frauentöpfen, Rindertöpfen, Kames, Simill, Bernstein etc. etc. von 70 Pf. per Dbd. aufwärts. Glas Rosenkätzchen mit und ohne Anhänger von Mt. 1.40 per Dbd. aufw. Rosenkränze aus Berlin in verschiedenen Farben von Mt. 2.— per Dbd. aufw. Gange Perlenketten in Karabiner Mt. 1.80 per Dbd., Herren- u. Damenfingerlinge, Kinder- u. Herrenringe mit Steinen, Rotem Kreuz, Eisenem Kreuz, Emaillebrochen und Boleros, Hutnadeln und Hutnadelständer, Stimmgabeln etc. etc. Schmuckgegenstände von Mt. — 95 per Gros aufw. Verlangen Sie Schmuckmusterpatet von Mt. 20.— aufwärts gegen Nachnahme. Vorauszahlungen erbitte auf mein Postfachkonto Berlin Nr. 22112.

Richard Werner, Fabrik und Versand,
 Schlag b. Gadowitz a. N. 100

Elbing
Lebensmittelverteilungsplan der Stadt Elbing
 für die Woche vom 15. bis 21. April 1918

Montag: 7 Pfd. Kartoffeln (Kartoffelmärkte für die Woche vom 15. bis 21. April 1918).

Dienstag: 1/2 Pfd. Nudeln (Zufuhrmärkte für Schwer- und Schwerstarbeiter).

Mittwoch: 1/2 Pfd. Gerstenmehl (Kinderzufuhrmärkte).

Donnerstag: 1/2 Pfd. Nudeln (Lebensmittelmärkte).

Freitag: 1/2 Pfd. Käse (Lebensmittelmärkte).

Sonntags: 1/2 Pfd. Käse (Serie N-S u T-Z) Lebensmittelmärkte.

Der freie Verkauf von Mähehefe, Biergemüse, deutschem und ausländischem Fleisch-Extrakt sowie Weizenbrot findet weiter statt.

Elbing, den 18. April 1918.
 Magistrat — Ernährungsamt.

Trauer-
 Hüte in reicher Ausstattung
 Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen

Julius Goldstein
 Lavendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Schnupftabak
 Julius Gosda, Rohfabrik- und Schnupftabakfabrik.
 Danzig, Eke Hälergasse 5 u. 2. Brückergasse 5. Fernspr. 2428

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Heft 1. Die erste Hilfe bei Unfallsfällen. Von Dr. Christoff
 Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein
 Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschfeld
 Heft 4. Der Arbeitsdienst. Von Dr. Jodel-Berlin
 Heft 5. Arbeitsfrage und Arbeiterfrage. Von Dr. Fröhlich
 Heft 6. Das Schiffsrad. Von Dr. Silberstein
 Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert
 Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes
 Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. J. Bernheim
 Heft 10. Der Krebs. Von Dr. H. Epstein
 Heft 12. Die medizinischen Überlebenden. Von Dr. E. Theising
 Heft 13. Das Wasserleitungsnetz in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Kuntze
 Heft 14. Verhütung und Heilung des Stollens. Von L. Jordan
 Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Kuntze
 Heft 16. Hygiene und Jodpflege. Von Gertraud Kowatz

Jedes Heft kostet 25 Pfennig.

Gute Ausgabe auf hochfeinem Papier jedes Heft 50 Pf.
 Die Abbestellungen sind für jedermann schriftlich geschrieben und können in keiner Familie fehlen.
 Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und einzeln käuflich.
 Wo es der Inhalt erfordert, sind Abbildungen beigelegt.

Buchhandlung Postwacht, Danzig, Paradiesgasse 23.

Billig. Kurzwaren-Angebot! Mengenabgabe vorbehalten.

- Kragenstäbe Horn, Dugend 15
- Kragenstäbe mit Seide umspannen, Dugend 25
- Druckknöpfe gute Qualität, Dugend 12
- Druckknöpfe Ia. weiß und schwarz, Dugend 30
- Haken u. Oesen Brief 15
- Mohair-Schutzhorte Meter 50
- Stabhorte wollene Meter 25
- Baumwollband schwarz und weiß, Stück 35
- Hosenknöpfe Dugend 5
- Hosenknöpfe Metall, Dugend 6
- Hosen-Schnallen weiß und schwarz, Dugend 10
- Patent-Hosenknöpfe Dgd. 15
- Stecknadeln Brief 7,5 3 Brief 20
- Sicherheitsnadeln Dugend 20
- Haarnadeln Paar 15, 9
- Nähnadeln 25 Stück, Brief 8
- Lockennadeln Brief 12, 5
- Nadelösen gefüllt 10
- Korsettstangen Paar 25
- Korsetteinschiebestang. Dgd. 50
- Häkelhaken Stück 15
- Zwirn auf Stricken, schwarz u. weiß 60
- Garn-Ersatz schwarz 40
- Röllchen Seide auf Ferk. 60, 40, 30

Schreibwaren

- Heftlein jämliche Stück 25
- Diarien stark 70, 35
- Helm's Zeichenblock 25
- Tornister 5,50, 4,95
- Tornister extra stark 8,50, 7,95
- Schultaschen geflochten 2,35, 1,25
- Schultaschen Ledererf. 5,25 3,95
- Schultaschen extra stark 10, 7,95
- Briefpapier 5 Bog. 50 Umschl., Map. 20
- Briefpapier Leinenpost 38
- Briefpapier 25 Bog. 25 Umschl. 1,95
- Butterbrotpapier 100 Bg. 1,45, 80
- Papier-Spitzen 10 Mt. 61,95, 65, 35
- Klosettpapier Rolle 65 u. 60
- Reißstifte 3 Dugend 15

Ein großer Posten

Damen-Kragen und Garnituren

Serie I	Serie II	Serie III
95	1.95	2.95
Serie IV	4.25	

- Tailenverschlüsse 25
- Tailengürt gest. Meter 8
- Korsettschließer Paar 40, 25
- Strumpfhalter für Kinder 1.25
- Strumpfhalter Gummi 3.95
- Korsettsenkel gute Qual. 1.25, 80
- Ringband farbig Meter 23
- Schuhsenkel Eihengarn, 3 Paar 1.00
- Schuhsenkel Paar 23
- Rouleauschnur Meter 10
- Schneider-Maße 55, 25
- Schneider-Kraut Stück 2
- Stopfgarn auf 700 g, alle Farben Rate 30
- Schuh-Creme gute Waschpaste, Diamantine Doie 25
- Stirnnetze 35
- Haubennetze alle Farben 95
- Haubennetze Roßhaar 1.75
- Haubennetze echt Haar 1.35
- Seitenkämmen Paar 1,50, 1,10
- Zierkämmen Stück 3,25, 2,95, 2,75
- Einsteckkämmen Stück 2,25, 1,95
- Nackenkämme Stück 2,95, 2,25
- Haarspangen glat. 90, 75, 60
- Haarspangen durchbr. 2,35, 1,95, 1,45
- Seitenspangen Stück 20, 15, 10
- Miedergürtelband weiß, Meter 50

Julius Goldstein

Lavendelgasse 4.

Nähmaschine
 reparieren schnell
Wilken & Söhne
 Heilige Geistgasse Nr. 127
 Fernruf 1237

Wäsche-Stärke
 Nur solange Vorrat reicht!
 Für alle Stoffe, rein, kein Geruch, ist die stärkste zum Waschen. Stärker als alle anderen.
 Preis 2,00 u. 1,50

Kauf Hartmann Bad Comptoir
 11111 Danzig, Postfach 11111
 Reichspr. 274

Danziger Nachrichten

In unsere Leser!

Das Nichteintreffen des Ellbrieses in Königsberg, wo bekanntlich unser Blatt gedruckt wird, verhinderte die Veröffentlichung der Danziger neuesten Nachrichten sowie verschiedene wichtige Inserate. Wir bitten unsere Leser, dies Mißgeschick gütigst entschuldigen zu wollen und kommen in der nächsten Nummer hierauf zurück. Die Geschäftsleitung.

Klappern gehört zum Schuhwerk.

Ein Leser, der anscheinend auch den schwierigsten Verhältnissen noch eine heitere Seite abgewinnt, eine Eigenschaft, die jetzt sehr rar geworden ist, schreibt: „Schuhe sind in genügender Menge da, aber — Kriegsschuh! Erschlaholen aus Holz, Holzvollböden und der Schaft aus Leder, Leinwandstoff, Segeltuch oder Papiergewebe! Die Preise richten sich nach der Ausführung und müssen als „mäßig“ für die heutige Zeit bezeichnet werden. Papiergewebe ist haltbar und widerstandsfähig. Und was das Laufen in Holzschuhen anbelangt, so büene uns der Holländer als Lehrmeister. Er — auch sie — gehen, laufen und tanzen in steifen Klumpen und „sie“ steht dabei ganz amütig aus. Wir werfen wohl oft schon nach dem ersten Gehversuch den Holzschuh in die Ecke, weil wir der Meinung sind, nicht einmal das Gehen, geschweige denn das Laufen und Tanzen in solchen Dingen erlernen zu können. Und doch ist es kein Kunststück, das Holzschuhlaufen, vielmehr besteht die „Kunst“ darin, wie der Holländer mit etwas steifen Beinen zu marschieren. Durch einen wiegenden Gang geht man sich in Holzschuhen müde und reißt leicht die Klappen der Schuhe ein. Auch das Klappern wird merklich gedämpft, wenn man diese Regel beobachtet. Aber geklappert kann und muß werden. Klappern gehört nicht allein zum Handwerk, sondern heute zum Kriegsschuhwerk und soll ebenso zum guten Ton gehören, als Schmuck aus Eisen zu tragen. Lederschuhe gehören bald ins Reich der Vergangenheit, darum klappern wir! Gut Holz!“

Wir können allerdings dem humoristisch veranlagten Lobstiedfänger der Holzschuhe nur sehr bedingt beipflichten. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Preise für die „Kriegsschuhe“ verhältnismäßig hohe sind, die in gar keinem Verhältnis zum Wert des dazu verwendeten Materials stehen. Es ist dringend notwendig, daß auch auf dem Gebiete der Schuhversorgung bald wieder kulturwürdige Zustände geschaffen werden.

Frühlingsfest der Bühnengenossenschaft

Freudige Frühlingsstimmung herrschte am Montag abend in den weiten Räumen der Sporthalle. Die Bühnengenossenschaft unseres Stadttheaters veranstaltete ein Frühlingsfest, dessen Reinertrag wohltätigen Zwecken der Genossenschaft zugute kam. Und wenn Künstler nicht nur Mitwirkende, sondern auch Veranstalter sind, gewinnen die Darbietungen einen eigenen Reiz. So herrschte auch diesmal bald ungezwungene Stimmung zwischen den Künstlern und dem Publikum. Dieses war aus den zahlungsfähigen Kreisen Danzigs zahlreich erschienen. Handelte es sich doch diesmal nicht um eine Veranlassung der Bühnengenossenschaft, bei der die sozialen Schäden des Theaters zur Sprache kamen. Dieses Publikum will eben nur die Lichtseiten sehen. Im Interesse der guten Sache war natürlich der gute Besuch des Festes sehr erfreulich. Das Programm war durchweg auf einen heiteren Ton gestimmt. Eingeleitet durch einige sehr gelungene Gesangsvorträge der Damen Handwerk, Tapsen und des Herrn Stein,

die ersten Teile des Programms neben einigen gelungenen Konzervativen des Theaterorchesters eine Anzahl Tanzaufführungen von denen wohl die von Fräulein Berger und ihrem Partner gefangenen am meisten gefielen. Die Hauptstücke des Programms bildeten die Aufführung des derbvolten Hans-Sachs-Schwantes „Die verlorene Nadel“ und der zweite Akt der „Fledermaus“, der deshalb noch einen besonderen Genuß bildete, weil der Chor von allen Sotommitgliedern gestellt wurde. Die frohe Stimmung, die die prickelnden Weisen des Meister Strauß ausgelöst hatten, erhöhte sich noch, als in den vorderen Räumen Publikum und Künstler bei Ueberbrett und Musikvorträgen, die nicht allein für das Ohr bestimmt waren, einige Stunden gemeinsam verbrachten. Wieviel schöner aber hätte es noch sein können, wenn die Veranstaltung nicht nur ein Frühlingsfest, sondern auch ein Friedensfest gewesen wäre. Aber freuen wir uns auch darüber, daß uns die Künstler für einige Stunden das Grauen des Krieges vergessen ließen.

Freie Baugenossenschaft zu Danzig

Die herrschende Wohnungsnot, die nach Beendigung des Krieges besonders in die Erscheinung treten wird, veranlaßt sozialbedenkende Volksgenossen, sich für ihre Milderung und schließliche Beseitigung einzusetzen. Als ein hierfür geeignetes Mittel gelten unstrittig auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaute, gut geleitete Baugenossenschaften. In Danzig bestehen seit einigen Jahren mehrere Baugenossenschaften, die bereits größere Werte geschaffen haben. Aber die große Masse der Danziger Arbeiter, die unter der Wohnungsnot in erster Linie schwer zu leiden hat, ist an diesen Baugenossenschaften so gut wie nicht beteiligt. Sie muß zum Teil mit dumpfen, der Gesundheit schädlichen Wohnräumen in oft halb verfallenen Mietshäusern vorlieb nehmen, für die ein verhältnismäßig hoher Mietpreis gezahlt werden muß. Das ist nicht nur gefährlich für die Gesundheit der in diesen elenden Löhern hausenden Familien, sondern auch ebenso schädlich für den Bestand und die günstige Fortentwicklung der Nation. Eine gute gesunde Wohnung ist aber auch Vorbedingung für eine zweckmäßige Erziehung der Kinder. Diese Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn.

Die „Freie Baugenossenschaft zu Danzig“ ist die jüngste der Danziger Baugenossenschaften. Ihr Grundstein ist am Karfreitag gelegt worden. Die eigentliche Gründung erfolgte Sonntag den 7. April. Es traten sofort 130 Genossen der Baugenossenschaft bei. Eingezahlt sind innerhalb der ersten Woche über 7000 Mark. Dieser erste Erfolg beweist mehr als alles andere, die große Notwendigkeit der Beschaffung guter Arbeiterwohnungen mit etwas Gartenland.

Die „Freie Baugenossenschaft“ ist auf breiter Grundlage errichtet. Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Personen, die den verschiedensten Berufen und Gewerkschaften angehören. Den Vorsitz im Aufsichtsrat, dem auch Stadtverordneter Hartmann angehört, hat Buchdrucker Bulla übernommen. In den Vorstand wurden einstimmig gewählt, als Vorsitzender Parteisekretär Gehl, Kassierer Gewerkschaftsangestellter Reel und Schriftführer Buchdrucker David. Das Eintrittsgeld ist auf 5 Mark, der Geschäftsanteil auf 300 Mark festgesetzt worden. Um den Genossen die Bezahlung des Geschäftsanteils zu erleichtern, sind monatliche Abzahlungen von mindestens 5 Mark zulässig.

Mit der Freien Baugenossenschaft tritt ein neues Unternehmen in den Dienst der Allgemeinheit. Sie wird sich in eigenmütiger Weise betätigen und zunächst Mietshäuser für ihre Mitglieder vor den Toren der Stadt errichten. Später wird auch zum Bau von Erwerbshäusern übergegangen werden.

Die Erledigung der Geschäfte der Freien Baugenossenschaft erfolgt im Bureau des Zimmererverbandes, 4. Damm 7, 1. Treppe, Telefon 2459.

Kommunale Wohnungspolitik.

Vor fünf Jahren hat die Stadt Rößler eine Gemeinnützige Wohnungsaktiengesellschaft ins Leben gerufen. Von dem Grundkapital von 1 220 000 Mark übernahm die Stadt 600 000 Mark Aktien. Die Dividende wurde auf 4 Prozent beschränkt. Nun wird das Aktienkapital auf 5 Millionen Mark erhöht werden. Zwei Millionen Mark Aktien wird die Stadt übernehmen. Der Rest soll von Privaten, namentlich von der Industrie aufgebracht werden. Die Gesellschaft will drei Siedlungen mit insgesamt 2500 Wohnungen und einem Gesamterstellungswerte von 50 Millionen Mark bauen. Trotz der Steigerung der Baukosten will man nicht zu mehrgeschossigen Häusern übergehen, sondern beim Flachbau bleiben. Es werden überwiegend Einfamilienhäuser gebaut, zum kleineren Teil Zweifamilienhäuser. Die Vergebung der Häuser erfolgt auf genossenschaftlicher Grundlage in der Form, daß in dem Mietpreis ein Betrag für Abzahlung enthalten ist, damit so das Haus im Laufe der Zeit in den Besitz des Bewohners übergeht.

Die Arbeit der Feststellungsausschüsse

auf dem Lande, denen auch Vertreter der städtischen Verbraucher angehören, ist, wie wir hören, nunmehr beendet. Ueber das Ergebnis dieser Arbeiten ist bisher öffentlich nicht berichtet worden. Man hört wohl hier und dort davon, daß auf verschiedenen Gütern Getreide, Hülsenfrüchte und dergleichen in größeren Mengen gefunden und beschlagnahmt worden sind, aber etwas Genaueres hat die Öffentlichkeit darüber noch nicht erfahren. Eine offizielle, öffentliche Feststellung des Ergebnisses der Arbeiten der Feststellungsausschüsse liegt aber auch im Interesse der Landwirte, um sie vor falschen, sie verdächtigenden Gerüchten zu schützen. So wird z. B. in Danzig erzählt, daß auf einem Gute eines bekannten Politikers im Kreise Rösenberg im Wpr. 600 Zentner Erbsen gefunden und beschlagnahmt worden sind. Was an diesem unlautehenden Gerücht Wahres ist, können wir natürlich nicht wissen. Dieser Fall zeigt, wie notwendig eine behördliche Information der Öffentlichkeit ist.

Uebrigens hat auch die Öffentlichkeit ein Recht zu wissen, ob Lebensmittel auf dem Lande in größerer Menge zurückgehalten werden.

Eine Preisregelung der Zuckerwaren wird in der aller-nächsten Zeit und zwar einheitlich für das ganze Deutsche Reich erfolgen. Von einer Regelung des Verkaufs auf Karten will man absehen, vielmehr dies den örtlichen Behörden überlassen.

Der Wucher mit Bonbons ist geradezu unheimlich, wenn man die Preise dafür mit denen des Zuckers vergleicht. Weshalb man nicht zu einer allgemeinen Regelung, die allein nützen kann, erkennen ist, mögen die Käufer wissen. Wenn verschiedene Preisgebiete bestehen, wird die Ware doch nur einfach nach dort verschleppt, wo die höchsten Preise gelten.

Konjervative Agitation.

In Nummer 10 der „Volkswacht“ berichteten wir unter dieser Ueberschrift über die jetzige Art konservativer Agitation in Danzig. Ein selbgrauer Genosse, dem darauf hin die „Danziger Allgemeine Zeitung“ ins Feld zugeführt wurde, schreibt über die, wahrscheinlich nicht beabsichtigte, Wirkung dieser Zurendung recht erbauende Dinge, die wir unsern Lesern nicht vor-enthalten wollen:

Um die Angehörigen in diesem blutigen Ringen auch über die heimatischen Verhältnisse zu unterrichten, wird keine

Gedenk

Es ist kein Vöglein so gemein,
Es späht geheime Schauer,
Wenn draußen streift der Sonnenschein
Vergoldend seinen Bauer.
Und du hast es vergessen fast
In deines Kerkers Spangen,
O Menschlein, daß du Flügel hast
Und daß du hier gefangen.

Schwendorff.

Die älteste Bibliothek der Welt

Aus Sven Hedins prächtigem, reich illustriertem Werk: „Bagdad, Babylon, Ninive“ (Verlag F. A. Brockhaus; gut gebunden 12 Mark), das wir bereits empfehlend besprochen haben, geben wir hier einen kleinen Abstrich wieder.

Die in Ninive gefundene Bibliothek Sardanapals ist die älteste Bibliothek der Welt. Sie besteht aus 22 000 Tafeln. Die Schrift auf diesen Tafeln wurde in den Ton eingedrückt, während dieser noch weich war; man erkennt darauf sogar die feinen Linien der Fingerringe. Dann wurden die Tafeln gebrannt. Jede Tafel ist ein Blatt; mehrere bilden ein Buch oder eine Serie. Ihre Zusammengehörigkeit ergibt sich aus besonderen Aufschriften. Sie ermöglichen uns, 2500 Jahre nach dem Verschwinden der Assyrer die Schätze ihrer Bibliothek zu ordnen. Diese einzigartige Bibliothek ist ein vollständiges Compendium der assyrischen Kultur und der Weisheit jener Zeit mit zugleich ein unvergängliches Denkmal eines der größten Könige des Altertums.

Die historische Erzählungskunst der alten Assyrer ist vielseitig genau und zeichnet sich durch eine achtenswerte Geschichtlichkeit in der chronologischen Anordnung aus. Das Archiv Sardanapals enthält Schilderungen des Lebens der Könige, ihrer Feldzüge, ihrer Baumaßnahmen und ihrer Regierungshandlungen zum Besten des Volkes und zur Größe des Reiches. Da finden sich Briefe und Befehle von und an Landesfürstlinge und Vasallen, Proklamationen, Wilschriften, Privatbriefe, Handelsverträge, Orakel und Adressen an den

Sonnengott, Anweisungen für die Operrituale, die mit den Vorschriften im Buche Moses viele Züge gemeinbar haben, Gebete und Hymnen, die von den Summern übernommen sind und die Namen und Funktionen der verschiedenen Götter enthalten; ja in dieser uralten Bibliothek fand sich auch der babylonische Schöpfungs- und Sintflutmythos, der viele Berührungspunkte mit der Bibel aufweist.

Der babylonische Sintflutbericht ist in Kürze folgender: „Auf göttliche Eingebung hin baut Sinarapichchim, der babylonische Noah, die Arche, belädt sie mit Gold, Silber und Lebensmitteln aller Arten, bringt seine Familie, seine Angehörigen, Vieh und Geflügel des Feldes an Bord und verschließt die Schiffs-türen. Dann kommt die Sintflut als eine Ertrage der Götter für die Bosheit der Menschen. Sobald das Morgenrot aufleuchtete, flog vom Fundament des Himmels eine schwarze Wolke empor, der Sturmgott donnerte darin, und Nebo und Marduk schritten voran. Die Herolde riefen über Berg und Tal, den Schiffsanker reißt Kergal los. Niemand geht dahin und läßt einen Angriff folgen. Die Anunnaki erheben ihre Fackeln und lassen das Land mit deren Glanz aufblühen. Wabns Ungestüm klingt bis zum Himmel hinein, und alles Licht wird verwandelt in Finsternis. Sechs Tage und sechs Nächte rasen die großen Wasser. Dann beruhigt sich das Meer. Die Sinarapichchim hört auf, und die Arche sitzt auf dem Berge Nisir fest. Am siebenten ließ Ninarapichchim eine Taube hinaus. Die Taube flog fort und kam zurück; da aber kein fester Grund da war, kehrte sie um; Sinarapichchim läßt nun eine Schwalbe ausfliegen. Auch sie kehrt zurück, ohne einen festen Grund gefunden zu haben. Schließlich schickte er einen Raben aus; der sah das Wasser schwinden und kam nicht zurück. Da ließ Sinarapichchim alle Menschen und Tiere hinausgehen und opferte auf dem Gipfel des Berges. Die Götter rochen den Duft. Bel ließ sich bewegen, in Zukunft die Sünde der Menschen anders als durch Sintflut zu bestrafen, nämlich durch wilde Tiere, Hungersnot und Pestilenz.“ Dieser Bericht gelangte später in das Land Kanaan und findet sich im ersten Buch Moses wieder, wo er jedoch, wie Delitzsch zeigt, in weniger ursprünglicher Gestalt vorliegt.

Sardanapals Bibliothek enthält ferner die ältesten medizinischen „Handbücher“ der Welt. Sie beschreiben die physischen und psychischen Krankheiten, ihre Heilmittel und die Schwär-

rungen dagegen. Geisteskrankheiten galten als Werke der Dämonen. Traumbücher sprechen von Träumen und ihrer Auslegung. Die Deutung der Vorzeichen war eine Wissenschaft für sich. Man prophezeite die Regierungszeit der Könige, die Siege, die sie erringen sollten, und das Glück, das sie genießen würden. Man sprach im voraus über bevorstehende Ereignisse, über Seuchen, Kriege und Heuschrecken, über Ernte, Jagd und Fischfang. Die Bewegungen der wilden Tiere, das Verhalten der Haustiere, der Flug der Vögel, der Biß der Skorpione, alles hatte seine Bedeutung, die sich den Weisen offenbarte. Aus der Leber des Schafes zog man Schlüsse, ebenso aus der Art des Seemanns und den Farbenabstufungen der Wasseroberfläche; es war das, sagt Bezold, die Lehre von den Interferenzfarben, die 4000 Jahre später von Newton untersucht wurden. Das Wetter und seine Elemente hatte gleichfalls seine große Bedeutung, und zukünftige Ereignisse wurden von den Wolken, ihren Bewegungen und ihrer Reinflichkeit mit Tieren abgelesen. Zahllose astrologische Prophezeiungen finden sich in Sardanapals Bibliothek. So z. B.: „Eine Mondfinsternis am 11. Tag wird Verderben über die Länder Siam und Phönizien bringen. Glück aber dem König, meinem Herrn. Mächte das Herz des König, meines Herrn, ruhig bleiben.“

Kurz nach Sardanapals Zeit entwickelte sich die Astrologie zur Astronomie, und Babylon wurde die Heimat der astronomischen Beobachtungen. Die Sternbilder des Stieres, der Zwillinge, der Fische hatten Namen, die noch bis in unsere Zeit fortleben. Die Ekliptik war in 360 Grade eingeteilt, der Tag in 12 Doppelstunden von 120 Minuten, und eine Doppelstunde entsprach 30 Grad. Der 7., 11., 21. und 28. Tag jedes Monats war Gebetstag oder Sabbat. Die Woche hatte sieben Tage. Allen Anschein nach waren die alten Semiten des Mesopotamienlandes erstaunlich bewandert in Mathematik.

So enthält Sardanapals Bibliothek den ganzen Schatz der babylonisch-assyrischen Kultur und berührt alle Gebiete geistiger Betätigung mit Ausnahme der des Dramas. Ohne jemals die Namen ihrer Verfasser zu nennen, kommen hier wie an anderen Stellen Mesopotamiens immer neue Funde dieser Art an den Tag, die unsere Kenntnis der Vorzeit wunderbar vervollständigen. Auch der Late sieht sich davon unabweislich gefesselt, besonders wenn er, wie ich, so glücklich war, dieses erinnerungsreiche Land selbst zu durchwandern.

Wille gelohnt und jeder besitzt sich, etwas Gutes zu befehlen. Das große Bedürfnis der Feldgrauen ist ja bekannt...

Das Gestammel vom Anwerben neuer Abonnenten gibt noch etwas Heiterkeit, welche in diesem Falle wirklich wohl tut.

Den lieben Danziger Freunden rufe ich aber freundlichst zu, durch Abfindung der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ an Feldgrau die Post nicht unnötig zu belasten...

Die westpreussische „Vaterlandspartei“ wendet jetzt ein neues Propagandamittel an. Darüber wird uns aus Thern geschrieben:

Auf dem Bahnhof und in Gastwirtschaften sind vor einigen Tagen große Plakate der „Vaterlandspartei“ aufgehängt worden, die zum Eintritt in diese Partei einladen.

Jede Partei hat natürlich das Recht, alle möglichen Propagandamittel für ihre Zwecke zu gebrauchen. Daß im Landeshause aber ein Sekretariat für die „Vaterlandspartei“ eingerichtet ist, geht denn doch wohl etwas zu weit.

Daß die „Vaterlandspartei“ sich als Symbol einen häßlichen Raubvogel wählt, kennzeichnet recht deutlich ihren schändlichen politischen Charakter. Fremden erregt die Mitteilung, daß der „Vaterlandspartei“ erlaubt sein soll, ihr Plakat auch in der Bahnhofshalle aufzuhängen.

Ein gelbes Organ wird zurzeit in Danzig an den Werten in ausdringlicher Weise unentgeltlich verbreitet. „Arbeiter-Schutz“ und „Mitteilungen“

Feuilleton

Zur Reform des Lichtspiels. Die Bestimmungen, die auf eine Reform des Films und seine weitgehende Ausnutzung zu beherrschenden Zwecken hinauslaufen, sind in letzter Zeit lebhaft gefördert worden.

Die „Walden“ reifen aus. Der „Berliner Bund“ meldet: Die letzten Wälder bringen, aus in letzter Zeit in Bayern...

des „Arbeiterbundes“ nennt sich dieses arbeiterfeindliche Werk. ergangen. Auf seinen Inhalt einzugehen, lohnt nicht.

Eisenbahner!

Von einem Eisenbahner wird uns geschrieben: Mit der „Neuorientierung“ ist auch den Eisenbahnern das Recht zugestanden, sich einer freien gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen.

Erhaltung von Anwartschaften in der Invalidenversicherung. Eine vom Bundesrat am 28. März 1918 beschlossene Verordnung über Erhaltung von Anwartschaften und Antragsrechten in der Invalidenversicherung bringt in der Hauptsache einen erweiterten Schutz der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen gegen Nachteile, die ihnen durch Fristverluste durch Anwartschaftsverlust in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung erwachsen können.

Verlängerung von Fristen in der Angestelltenversicherung. Der Bundesrat hat am 28. März eine Verordnung erlassen, durch deren § 1 die Verlängerung einer Anzahl in dem Versicherungsgesetz für Angestellte (§§ 50 und 201) vorgeschriebener Fristen festgelegt wird und zwar bis zum Ablauf des Kalenderjahres, das dem Jahre folgt, in dem der gegenwärtige Krieg beendet ist.

Entlassung der Landsturmmänner aus dem Geburtsjahr 1869. Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht einen kriegsministeriellen Erlaß, wonach bis zum 30. April spätestens die im Jahre 1869 geborenen auf Grund der Landsturmaufrufe zu den Fahnen einberufenen Landsturmmänner zu entlassen sind, sofern sie nicht freiwillig in Dienste bleiben wollen.

Offenhaltung der deutschen Seehäfen. Eine Abordnung des deutschen Offiziersverbandes hat bei dem Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes am Mittwoch eine Audienz gehabt, um gegen die geplanten Einschränkungen des Seeverkehrs vorzugehen zu werden.

Ein Landarbeiterprogramm gegen die Landflucht. Der Deutsche Landarbeiterverband und der christliche Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands haben neuerdings Forderungen zur Neugestaltung des Landarbeitersrechts wie der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgestellt und dieselben den maßgebenden Stellen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber unterbreitet.

Weitere Forderungen betreffen die zwischen Arbeitgeber und Arbeiterorganisationen zu schließenden Arbeits- und Dienstverträge, zu deren Nachprüfung in Angliederung an die Arbeitskammern paritätisch zusammengesetzte Vertragsprüfstellen einzurichten wären.

Dieses von den Arbeiterorganisationen entworfene Landarbeiterprogramm wäre viel mehr als alles andere geeignet, der von den Agrariern so viel beklagten Landflucht ein Ende zu bereiten. Seine Durchführung bedeutet allerdings eine tiefgreifende soziale Reform, zu der sich vorläufig Leute vom Schlage eines Oldenburg-Januschau nicht verstehen werden.

Graudenz. Über zu hohe Bezahlung ärztlicher Atteste wird in Graudenz geklagt. In dem uns geschilderten Falle handelt es sich um einen noch jungen, lungenkranken Familienvater mit Frau und drei Kindern.

Bienleith versuchen die in der Graudenzer Preisprüfstelle tätigen Genossen eine ähnliche Regelung herbeizuführen.

Graudenz, 3. April. 25 000 Mark Geldbuße oder für je 15 Mark 1 Tag Gefängnis. Wegen Höchstpreisüberschreitung in fünf Fällen und wegen Kriegsmüßiggangs in vier Fällen war der Mühlenbesitzer Emil Krüger aus Rehden, Westpr., angeklagt.

Ronitz, 4. April. Erschossen aufgefunden wurde Mittwoch vormittag der Jagemeister Beyler in der Försterei Grünthal bei Königsbruch, unweit seines Gehöfts.

Stuhm, 4. April. Vertragsbruch hat der Arbeiter Stanislaus Jurczyk begangen. Er verließ seine Arbeitsstellen heimlich in Pölske, Inggus und St.-Bapst in Kreise Stuhm und in Mierzan (Kreis Marienburg).